

Mut zum Frieden

Gedanken zum 70ten Geburtstag von Friedrich Schorlemmer

24. Mai 2014

Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Alexandersbad

Lieber Friedrich, hochlöbliche Festversammlung!

Wir feiern Geburtstag unseres Freundes Friedrich Schorlemmer - da kann auch ein Blick zurück helfen, um die Sinne für das Künftige zu schärfen.

Wir schreiben den 8. Mai 1985. Richard von Weizsäcker, der große Präsident, ist seit einem Jahr im Amt. Gespannt erwartet die Öffentlichkeit seine Rede zum deutschverursachten europäischen Schicksalstag. Und es ereignet sich Großes. Weizsäcker bekennt gegenüber der Weltöffentlichkeit: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ... Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Populär war das nicht, aber bitter notwendig: ein herausragendes Beispiel mutiger politischer Führung.

Zwei Jahre zuvor, im September 1983, schaute die Welt mit dem westlichen Medien-Auge auf die Lutherstadt Wittenberg: in einer von Friedrich erdachten und choreographierten Feierstunde wurde die wundersame Verwandlung von Waffen in Werkzeuge des Friedens öffentlich gefeiert - „Schwerter zu Pflugscharen“ war nun nicht länger nur ein sowjetisch gespendetes Mahnmal vor dem Sitz der Vereinten Nationen in New York – sondern ein hell leuchtendes Bekenntnis zur Freiheit in der DDR; freilich nicht gegen sie – das aber haben damals, vor allem westlich der Elbe, nicht alle gleich verstanden. Populär war das nicht – aber bitter notwendig: ein herausragendes Beispiel mutiger politischer Führung.

Wer hätte im September 1983 zu ahnen gewagt, daß dieser Freiheits-Fluß schon in Bälde zu einem reißenden Strom anschwellen und alle Europa auseinanderreisenden Barrieren fortspülen würde. Wer hätte am 8. Mai 1985 auch nur zu hoffen vermocht, daß schon im Herbst 1989 die Last der deutsch verursachten, 1933 deutsch ausgesäten Teilung Europas abgeworfen und das Tor zu einer neuen Einheit aufgestoßen würde – friedlich und ohne Blutvergießen, mit Glockengeläut und ohne Kanonendonner. Wer hätte auch

nur davon zu träumen gewagt, dass nur fünf Jahre nach des Bundespräsidenten Rede Nato und Warschauer Vertrag in der Hauptstadt der Europäischen Revolution, also in Paris, feierlich das Ende ihrer Gegnerschaft zelebrieren und den Beginn eines neuen europäischen Zeitalters ausrufen würden – verbrieft in der „Charta von Paris für ein Neues Europa“! Und wer damals hätte ahnen können, dass eine neue Generation der Verantwortlichen mit dem kostbaren Erbe so schludrig umgehen würde wie es heute zu beklagen ist.

Hoffnung keimte auf. Erstmals in seiner blutgetränkten Geschichte könne es Europa gelingen, sich dauerhaft von der Geisel des Krieges zu befreien. Eine Zusage, den Ewigen Frieden zu erlangen, war das freilich nicht; auch keine einklagbare Garantieerklärung, Konflikte, auch gewaltsame, seien für immer von der nördlichen Halbkugel verbannt. Aber mit Händen greifbar schien 1990 die Möglichkeit, zwischen Amerika, Europa und Russland erstmals eine gemeinsam gestaltete Ordnung zu etablieren, zu niemandes einseitigen Lasten und zum Vorteil aller Beteiligten.

Im Angesicht der überwundenen Spaltung Europas und der erlangten Freiheit geriet die Bewahrung des Friedens zur ersten und wichtigsten Aufgabe. Willy Brandt und Richard von Weizsäcker wurden nicht müde, in den Stunden der Einheitseligkeit auf das damals vor uns Liegende hinzuweisen. Hören wir noch einmal den Bundespräsidenten. Beim Staatsakt am 3. Oktober 1990 sagte er dies:

„Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. Nicht durch Zwang von Vormächten, sondern aus freien Stücken können sie nun ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen.“
Zitatende.

II.

Heute müssen wir bekennen: Die Staaten Europas, auch die Bundesrepublik, und die, die in und für Europa Verantwortung tragen, haben die Friedensfrage nicht ernst genug genommen. Wir haben die Gefahren des machthungrigen Nationalismus unter- und die heilende Kraft des materiellen Wohlstandes überschätzt.

Die Staaten Europas haben die Chance zur eigenverantwortlichen Sicherheits-Ordnung nicht genutzt, die Konstruktionsangebote Russlands dümmlich ignoriert und die einstmals beschützende Funktion Amerikas falsch verstanden, nämlich als Einladung zur politischen Enthaltsamkeit Europas. Europa hat den weltpolitischen Klimawandel verschlafen und noch immer ist nicht erkennbar, wann es aus diesem Tiefschlaf aufzuwachen bereit ist. Vielerorts, zumal in den baltischen Staaten und in Polen, ist die Furcht vor neuerlicher Bedrohung stärker aus der erfolgreich überwundenen Unterdrückung von Selbstbestimmung und Freiheit hervorgegangen als der Mut zu einem historischen Neubeginn. Das vor 32 Jahren von Olof Palme, Egon Bahr, Georgij Arbatov, Cyrus Vance und anderen entwickelte ‚Konzept der Gemeinsamen Sicherheit‘ harrt noch immer seiner Verwirklichung. Heute müssen wir bekennen: Die Gefahr, in Europa erneut zu scheitern, ist größer als die Aussicht, die Früchte der aufgehobenen Teilung Europas dauerhaft sichern zu können.

Die Ursache für diese bittere, vom Ukraine-Drama weiter verdüsterte Bilanz kennen wir: es ist der mangelnde Fleiß im Weinberg der Friedensarbeit.

Frieden ist harte Arbeit – Frieden kann sich weder aus eigener Kraft herstellen noch bewahren. Doch diese Arbeit findet nicht statt.

Frieden braucht Führung. Doch dieser Führung müssen wir schmerzlich entraten.

Frieden braucht Sicherheit. Doch diese Sicherheit ist schändlich vernachlässigt worden. Geschlossene Verträge über Abrüstung und Vertrauensbildung welken in ministeriellen Schubladen. Die heute regierende Erbgeneration scheint deren Inhalt kaum zu kennen. Die vereinbarte Kooperation der Atlantischen Allianz mit Russland wurde in dem Moment eingestellt, da sie am dringendsten geboten war: im Georgien-Krieg 2008 und auch nach der rechtswidrigen Einverleibung der Krim durch Russland.

Statt auf einen Zustand gemeinsamer Sicherheit zwischen Amerika, Europa und Russland hinzuwirken, haben Nato und EU einen Ordnungskonflikt zwischen Russland und seinen ehemaligen Weltkriegsverbündeten heraufbeschworen, in

dem es eben nicht um Gemeinsame Sicherheit, sondern um politische Vorherrschaft geht. Das aber ist das Gegenteil von der 1990 in Paris bekundeten Absichten, das Neue Europa zu schaffen. Das ist das alte Europa, das ganz alte.

Der Versuch, Russland aus Europa herauszudrängen, ist so gefährlich wie unhistorisch. Seit dem Frieden von Hubertusburg – das war 1763, am Ende des siebenjährigen Krieges – gehört Russland zu den Gestaltungsmächten Europas; alle, die versucht haben, das grundstürzend zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größtenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 auszog, Russland in vier Zonen einzuteilen und die Krim ins Deutsche Reich einzugliedern, wie Hitler im Juli vor Vertrauten offen und maßlos bekundete. Das Ergebnis kennen wir: In vier Teile zerteilt wurden die brandschatzenden Abenteuerer und sie brauchten 45 lange Jahre, um eine territorial dann stark geschmälerte Einheit wiederzuerlangen.

Gewiss: Geschichte liefert kein Rezept zur Lösung aktueller Fragen; aber sie straft jene, die sie zu ignorieren versuchen. Das aber geschieht gegenwärtig. Mit kurzsichtiger Sanktionspolitik statt europäisch verfasster Kooperationsbereitschaft wird versucht, Russland zu isolieren, nach dem Geschmack vieler geschichtsunkundiger Zeitgenossen gar zu bestrafen. In der Stunde der Not schickt EU-Europa mit Lady Ashton eine Vertreterin an den Ukraine-Tisch mit Russland, den USA und der Ukraine, die dieses Amt bekommen hat, um eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu verhindern; und die Staaten der Atlantischen Allianz lassen ihren Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen ungebremst als Brandbeschleuniger agieren: Gesät wird Unsicherheit statt Perspektive für die Zukunft.

Es ist höchste Zeit zur strategisch angelegten Umkehr. Glaubwürdig wird sie allerdings nur, wenn wir sie nicht nur von anderen fordern, sondern bei uns selbst damit beginnen. Konkret heißt das: Das 1990 Erreichte kann nur Bestand haben, wenn der tragende Baustein von friedlicher Stabilität – das Prinzip der „Gemeinsamen Sicherheit“ – durch neue strukturelle Verbindungen zwischen Atlantischer Allianz, EU und Russland zu einem funktionsfähigen Sicherheitssystem ausgebaut wird. Sinnvoll gestaltete Sicherheit kann es nur mit, aber nicht gegen Russland geben. Das in einem Moment zu akzeptieren, da Russland durch eine selbtherrliche Politik gegenüber der Ukraine und auf der Krim dem Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ den Todesstoß zu versetzen scheint, verlangt Weitsicht, Mut und Führung. Vor allem aber ist die Einsicht vonnöten, dass der Verzicht auf ein solches Konzept wesentlich zu dem Debakel beigetragen hat, das wir heute beklagen

Das aktuell gültige Leitmotiv für die deutsche Russland-Politik, nämlich eine wirtschaftlich ersprießliche Modernisierungspartnerschaft zu entwickeln, ist gut, aber nicht hinreichend. Dauerhaft und erdbebensicher kann eine Modernisierungspartnerschaft nur unter dem Dach einer Sicherheitspartnerschaft funktionieren. Das oftmals mit populistischem Ton von Russland verlangte Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat verkennt, dass eine Wertegemeinschaft nur aus einer Sicherheitspartnerschaft erwachsen kann – nicht umgekehrt.

III.

Im Lichterglanz des europäischen Aufbruchs durfte man 1993 hoffen, einundzwanzig Jahre später Besseres zu erleben als uns heute widerfährt. 1993 ist das Jahr, da Friedrich mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. Geehrt wurde der beispielhaft mutige Pfarrer aus Wittenberg, der auch im Moment des sich bahnbrechenden Erfolges am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin in großer Rede die Maßstäbe nicht verlor, vor Überheblichkeit und Rache warnte, zur Gewaltlosigkeit mahnte und mit den Worten Martin Luther schloss: „Lasset die Geister aufeinanderprallen, aber die Fäuste haltet stille.“

Ach, möchte man heute sagen, prallten die Geister doch aufeinander im Wettstreit um eine neue Ordnung für ein gemeinsames System der Sicherheit, statt Unrat aufzuhäufen aus Drohung und Gegendrohung. Ach, möchte man mit den Worten aus der Laudatio Richard von Weizsäckers auf Friedrich sagen, erkannten die Verantwortlichen doch endlich, dass es keiner Friedenspolitik erspart bleibt, „einen tieferen Grund für die Verständigung untereinander zu suchen als das bloße Vertrauen auf den Pluralismus.“

Lohnte es nicht, so frage ich abschließend, dass unsere christlichen Kirchen in gemeinsamer Verantwortung den Weizsäcker-Satz von 1993 aufnehmen und der eingeschlafenen Friedensdiskussion zu neuem Leben verhelfen? Es ist an der Zeit, der verwirrten deutschen und europäischen Öffentlichkeit durch ein ehrliches und mutiges Wort über den erneut aufgebrochenen Unfrieden Orientierung über Wege aus der Gefahr zu geben.

Unsere Welt braucht Menschen, die nicht aufgeben, die nie aufgeben. Sie braucht Menschen, die wissen, dass sie nicht aufgegeben sind, Menschen, die auf den Gott der Hoffnung bauen, Menschen, die zuversichtlich Ja sagen, wo so vieles für Nein spricht.